

Antrag

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien, am 22.11.2022

Eingebracht am 31.10.2022

Einwanderer die staatliche Unterstützung beziehen sollen gemeinnützige Tätigkeiten verrichten

Wir sind in Österreich mit einer Sozialdebatte konfrontiert, der soziale Frieden, die soziale Sicherheit sind gefährdet.

Für viele Pensionisten und Pensionistinnen, für Alleinerzieherinnen und andere Bevölkerungsgruppen ist das Verschicken von Geld ohne Gegenleistungen nicht nachvollziehbar. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, ins Sozialsystem einbezahlt sind in vielen Fällen bei Unterstützungen im Vergleich zu Einwanderern benachteiligt.

Die skandinavischen Länder arbeiten mittlerweile an einer restriktiven Einwanderungspolitik, die dänische Regierung will nur noch staatliche Hilfe zahlen, wenn dafür auch gearbeitet wird.

Das Ziel ist es, eine verpflichtende Tätigkeit im Ausmaß von mindestens 38,5 Stunden in der Woche, auszuüben. Wenn Ausbildung und Sprachkenntnisse nicht vorhanden sind, so finden sich zahlreiche gemeinnützige Tätigkeiten, für die wir in Wien Arbeitskräfte brauchen.

„Zu viele Jahre lang haben wir vielen Menschen einen schlechten Dienst erwiesen, indem wir nichts von ihnen verlangt haben“, sagte die dänische Ministerpräsidentin Frederiksen. Ihre Regierung verweist auch auf die niedrige Erwerbstätigenquote bei Frauen aus dem Nahen Osten, Nordafrika und der Türkei. Eine Situation, die wir auch in Wien haben.

Die Fachliste der gewerblichen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Am Beispiel der sozialdemokratischen Regierung in Dänemark, soll auch Österreich vom ausschließlichen Sozialstaat wieder zu einem Leistungsstaat werden.

Staatliche Unterstützung kann nur dann bezogen werden, wenn dafür auch eine Leistung erbracht wird und dementsprechend der Integrationsprozess beschleunigt wird.

KommR Karl Ramharter
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

KommR Peter Ottendorfer
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

